

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Jan Korte, Petra Pau,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1784 –**

Zoll und Bundespolizei in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 und der damit verbundenen Öffnung der Zollgrenzen zur Republik Polen und zur Tschechischen Republik wurden das Hauptzollamt Löbau und eine große Anzahl der zugehörigen Zolldienststellen aufgelöst. Aufgaben in unmittelbarer Grenznähe fielen weg bzw. änderten sich, Veränderungen beim Personal folgten.

Eine wichtige Funktion bei der Kontrolle des Warenverkehrs aus dem Ausland und der Bekämpfung des Schmuggels haben die Kontrolleinheiten Verkehrswege (vormals Mobile Kontrollgruppen) in Grenznähe. Sie sollen die Sicherheit im Grenzgebiet durch eine hohe Anzahl fiskalischer und anderer „Feststellungen“ erhöhen und durch ihre Streifentätigkeit präventiv wirken.

Anfang des Jahres veröffentlichte die sächsische Landesregierung erstmals Zahlen, die einen starken Anstieg der so genannten Grenzkriminalität beschreiben.

An der Spitze liegen dabei Zittau und Görlitz (siehe Sächsische Zeitung vom 6. Januar 2010). Deswegen gibt es zunehmend Fragen und Sorgen in der Bevölkerung zur Gewährleistung von Sicherheit in der Region sowie zum Personalabbau bei Zoll und Polizei.

Ein Konzept einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur von polnischen, tschechischen und deutschen Behörden wird von der Landesregierung Sachsen zwar immer wieder angesprochen, ist bisher aber praktisch nicht erkennbar. Dagegen ist der Rückzug der Bundespolizei als Folge der Bundespolizeireform vor Ort deutlich zu spüren.

1. Welche Delikte bzw. Deliktgruppen werden als so genannte Grenzkriminalität definiert und als solche in der Kriminalstatistik erfasst?

In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden keine Delikte oder Deliktgruppen als „Grenzkriminalität“ erfasst. Daher ist auch keine Aussage zu der Entwicklung dieser Delikte oder Deliktgruppen an den Grenzen zu Tschechien oder Polen möglich.

2. Wie haben sich diese Delikte bzw. Deliktgruppen seit 2004 an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu Tschechien und Polen, darunter in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau, entwickelt?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

3. Welche Zusammenhänge werden in der kriminologischen Forschung zwischen einzelnen Deliktbereichen gesehen, und wie sähen diese Zusammenhänge zum Beispiel zwischen Tabaksmuggel und Autodiebstählen aus?

Zu einem mutmaßlichen Zusammenhang zwischen Autodiebstählen und Tabaksmuggel liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. In Verfahren der Eigentumskriminalität im Zusammenhang mit Kfz-Verschlebung konnte jedoch festgestellt werden, dass die logistischen Strukturen durchaus parallel für den Zigarettenschmuggel genutzt wurden.

4. Wie hat sich der Bereich der Eigentumsdelikte auf deutscher Seite, speziell im Bereich des Autodiebstahls, entwickelt, und hat die Bundesregierung Kenntnisse über eine damit einhergehende Entwicklung von Versicherungsbetrugsdelikten?

Für das Land Sachsen insgesamt verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik seit 2004 für Fälle des Diebstahls ohne erschwerende Umstände, des Diebstahls unter erschwerenden Umständen und für Fälle des Betrugs zum Nachteil von Versicherungen und Versicherungsmissbrauch einen deutlichen Rückgang, für Fälle des Diebstahls von Kraftwagen einschließlich unbefugter Ingebrauchnahme seit 2008 eine Zunahme. Nähere Angaben können der auf der Internetseite des Bundeskriminalamts (www.bka.de) veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik entnommen werden.

5. Welche nichtpolizeilichen und sicherheitspolitischen Maßnahmen haben sich in der Vergangenheit als kriminalitätsmindernd in Grenzregionen erwiesen, und welche davon werden an den Grenzen zu Polen und Tschechien vorrangig praktiziert?

Auf Grund des föderalen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland liegt die Zuständigkeit für die Polizei grundsätzlich bei den Ländern. Demzufolge gehören auch nichtpolizeiliche und sicherheitspolitische Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Diebstahlsdelikten, insbesondere in grenznahen Gebieten, zu den Aufgaben der Länderpolizeien. Soweit der Bund bei diesen Maßnahmen beteiligt ist, wird auf die Antwort zu Frage 16 verwiesen.

6. Wie viele Zollbeamte und wie viele Bundespolizistinnen und Bundespolizisten sind in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau in den letzten Jahren tätig gewesen (bitte jeweiligen Personalbestand von 2004 bis 2010 per 1. Januar nennen)?

Zollverwaltung

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personal ¹	133	133	132	132	109	102	98

¹ Nur Kontrolleinheiten Verkehrswege Görlitz und Zittau mit Geschäftsstellen, Sprechfunkzentrale, Verbundgruppe Ludwigsdorf und Röntgenanlage CAB. Andere Aufgabenbereiche des Zolls in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau wie z.B. Zollabfertigung und Finanzkontrolle Schwarzarbeit sind hier nicht erfasst.

Bundespolizei

Durch die Neuorganisation und den damit einhergegangenen Organisationsänderungen und neuen Zuständigkeiten sind die Personalstärken der „alten“ Bundespolizeiinspektionen Görlitz, Zittau und Bad Muskau und der „neuen“ Bundespolizeireviere Görlitz, Zittau und Bad Muskau nur bedingt vergleichbar. Zudem sind in dieser Region die stationären Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien weggefallen.

vor Neuorganisation

BPOLAMT Pirna	PVB	VB	TB	Gesamt
BPOLI Zittau	180,0	2,0	55,0	237,0
<i>(EA Hirschfelde) *</i>				
BPOLI Schmilka	193,0	2,0	50,0	245,0
<i>(EA Sebnitz) *</i>				
BPOLI Seifhennersdorf	246,0	2,0	69,0	317,0
<i>(EA Neugersdorf, Ebersbach) *</i>				
Summe	619,0	6,0	174,0	799,0
<hr/>				
BPOLI Görlitz	236,0	3,0	23,0	262,0
<i>(EA Görlitz-Bahn) *</i>				
BPOLI Ludwigsdorf	212,0	2,0	47,0	261,0
<i>(EA Rothenburg) *</i>				
BPOLI Bad Muskau	162,0	2,0	37,0	201,0
<i>(EA Podrosche) *</i>				
Summe	610,0	7,0	107,0	724,0
Gesamt	1.229,0	13,0	281,0	1.523,0

*) Zahlen für EA können nicht ermittelt werden

nach Neuorganisation (Stand Mai 2010)

BPOLD Pirna	PVB	VB	TB	Gesamt
BPOLI Ebersbach	305,0	3,0	163,0	471,0
<i>davon Stab</i>	<i>13,0</i>	<i>3,0</i>	<i>6,0</i>	22,0
<i>davon Inspektionssitz</i>	<i>86,0</i>		<i>60,0</i>	146,0
<i>davon BPOLR Schmilka</i>	<i>163,0</i>		<i>46,0</i>	209,0
<i>davon BPOLR Zittau</i>	<i>43,0</i>		<i>51,0</i>	94,0
Summe	305,0	3,0	163,0	471,0

Vergleich zu alt	-314,0	-3,0	-11,0	-328,0
BPOLI Ludwigsdorf	267,0	3,0	95,0	365,0
davon Stab	12,0	3,0	6,0	21,0
davon Inspektionssitz	182,0		60,0	242,0
davon BPOLR Bad Muskau	20,0		12,0	32,0
davon BPOLR Görlitz	53,0		17,0	70,0
Summe	267,0	3,0	95,0	365,0
Vergleich zu alt	-343,0	-4,0	-12,0	-359,0
Gesamt	572,0	6,0	258,0	836,0

Vergleich zu alt	-657,0	-7,0	-23,0	-687,0
-------------------------	---------------	-------------	--------------	---------------

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

7. Wie viele Beschäftigte davon waren in den einzelnen Jahren für längere Zeit (über 4 Wochen) zu anderen Dienststellen abgeordnet?

Hierzu liegen uns keine Erkenntnisse vor.

8. Wie viele davon (siehe Frage 6) wurden jeweils als so genanntes Überhangpersonal definiert?

Zollverwaltung

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Personalüberhang ²	49	49	48	48	25	20	14

² Nur Kontrolleinheiten Verkehrswege Görlitz und Zittau mit Geschäftsstellen, Sprechfunkzentrale, Verbundgruppe Ludwigsdorf und Röntgenanlage CAB. Andere Aufgabenbereiche des Zolls in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau wie z. B. Zollabfertigung und Finanzkontrolle Schwarzarbeit sind hier nicht erfasst.

Bundespolizei

Nach Neuorganisation wurden laut Personalstatistik zum 1. Januar 2009 – 359 – und zum 1. Januar 2010 – 148 – Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im Überhang geführt.

9. Wie viele der Zollbeamten waren bzw. sind in Mobilien Kontrollgruppen/ Kontrolleinheiten Verkehrswege des Zolls tätig (bitte jeweiligen Personalbestand von 2004 bis 2010 per 1. Januar nennen)?

Stichtag	Arbeitskräfte MKG/KEV bundesweit
1. Januar 2004	660
1. Januar 2005	1 560
1. Januar 2006	1 552
1. Januar 2007	1 587
1. Januar 2008	1 538
1. Januar 2009	1 508
1. Januar 2010	1 449

10. Wie haben sich qualitativ und quantitativ die Aufgaben und Anforderungen an Bundespolizei und Zoll in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau seit 2004 entwickelt, und inwieweit können Bundespolizei und Zoll ihre Aufgaben mit dem jeweils vorhandenen Personal erfüllen?

Bundespolizei

Bis zum 21. Dezember 2007 waren an der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze systematische Personenkontrollen an den Grenzübergängen vorzunehmen. Das bisher für die stationären Grenzkontrollen eingesetzte Personal wird dort seitdem in dieser Zahl nicht mehr benötigt. Der schengenbedingte Wegfall der Grenzkontrollen wird durch effektive Ausgleichsmaßnahmen kompensiert. Die Bundespolizei bleibt mit starken Kräften im Grenzraum präsent und führt dort im Rahmen einer mobilen Grenzraumüberwachung gezielt Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Migration und grenzüberschreitender Kriminalität durch. Sie verfügt über langjährige Erfahrungen an den anderen Schengen-Binnengrenzen und ist – auch insofern – auf die geänderte Aufgabewahrnehmung gut eingestellt. Im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei wurde den veränderten Rahmenbedingungen in den östlichen Grenzregionen Rechnung getragen.

Zollverwaltung

Um insbesondere den Zigarettenschmuggel aus Osteuropa wirksam zu bekämpfen, sind die Kontrolleinheiten Verkehrswege der Zollverwaltung im gesamten Grenzraum zu Polen und Tschechien mit jeweils 26 Dauerdienstposten im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet mit jeweils 15 Dauerdienstposten personell besonders ausgestattet worden.

Im Hinblick auf den nach der EU-Osterweiterung regional besonders stark angestiegenen Schmuggel mit Zigaretten aus Osteuropa wurde der Personaleinsatz bei Kontrolleinheiten Verkehrswege in Grenznähe vorübergehend um weitere Beschäftigten des mittleren Zolldienstes erhöht. Für diese Beschäftigten wurden keine Dauerdienstposten eingerichtet.

Aufgrund des Auslaufens der Übergangsregelung für Zigarettenfreimengen im Reiseverkehr ist nun ein massiver Rückgang der Aufgriffe bei den Kontrolleinheiten Verkehrswege z. B. in Görlitz zu verzeichnen. Die Zollverwaltung ist bestrebt, im Rahmen einer sachgerechten personellen Ressourcensteuerung den derzeit noch vorhandenen Personalüberhang bei den Kontrolleinheiten Verkehrswege schrittweise wieder auf die erhöhte Sollstärke von 26 Kontrollbediensteten abzubauen.

Mit 26 Zollbediensteten je Kontrolleinheit Verkehrswege können die der Zollverwaltung obliegenden Kontroll- und Überwachungsaufgaben im Grenzraum zu Polen und der Tschechischen Republik sachgerecht und effizient wahrgenommen werden.

11. Welche unmittelbaren personellen Folgen haben die Vorgaben der Bundespolizeireform in der Region (vgl. Frage 5)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen.

12. Wie wird die Wirksamkeit der Kontrolleinheiten Verkehrswege des Zolls in der Region bei der Kontrolle des Warenverkehrs aus dem Ausland und der Unterbindung von Schmuggel bemessen und bewertet?

Die Kontrolleinheiten Verkehrswege sind eingebunden in ein umfassendes System der Rechts- und Fachaufsicht sowie des Controlling. Dafür werden täg-

lich die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen ermittelt, zusammengefasst und monatlich ausgewertet sowie Geschäftsprüfungen durchgeführt.

Zudem werden die Kontrolleinheiten Verkehrswege unter Berücksichtigung örtlicher und regionaler Besonderheiten miteinander verglichen und Ziele vereinbart.

Darüber hinaus erzielen Kontrolleinheiten Verkehrswege durch ihre Präsenz in Dienstkleidung und grün-weißen Einsatzfahrzeugen bei Stichprobenkontrollen einen wichtigen, aber nicht messbaren Beitrag zur Schmuggelprävention.

13. Wie hoch ist der Personalüberhang bei den Kontrolleinheiten Verkehrswege, und welche Forderungen gibt es vom Bundesrechnungshof hinsichtlich der Personalausstattung der Zollverwaltung in der Region (siehe Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Finanzen Hartmut Koschyk vom 19. Januar 2010 auf die Schriftliche Frage 24 des Abgeordneten Dr. Ilja Seifert – Bundestagsdrucksache 17/494)?

Zur Höhe des Personalüberhangs in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau wird auf die Antworten zu den Fragen 8 und 10 verwiesen.

Der Bundesrechnungshof hat das Bundesministerium der Finanzen aufgefordert, diese Überhänge möglichst zügig abzubauen.

14. Inwieweit teilt die Bundesregierung die diesbezüglichen Forderungen des Bundesrechnungshofes, und wie soll der noch vorhandene Personalüberhang abgebaut werden?

Das Bundesministerium der Finanzen teilt die Auffassung des Bundesrechnungshofes, die Überhänge möglichst zügig abzubauen.

Im Rahmen einer sachgerechten personellen Ressourcensteuerung soll der Personalüberhang an der Ostgrenze bis Ende 2014 vollständig abgebaut werden. Um dies zu erreichen, werden konsequent alle Möglichkeiten einer zielgerichteten Personalsteuerung innerhalb der Hauptzollämter, zwischen den Hauptzollämtern und auch zwischen den Bundesfinanzdirektionen genutzt.

Für die Region Zittau – Görlitz – Bad Muskau wurden folgende Maßnahmen getroffen:

- Im Rahmen der Ressourcenplanung bleiben Aufgabenbereiche mit Personalüberhang bei der Verteilung der Nachwuchskräfte unberücksichtigt.
- Überhangpersonal der Kontrolleinheit Verkehrswege Görlitz wurde Zollstellen mit Personalbedarf in Leipzig zugeführt.
- Im Rahmen der Inbetriebnahme der Zentralen Auskunft der Zollverwaltung ist beabsichtigt, einen Standort in Bautzen neu einzurichten.
- Im Rahmen der Übertragung der Verwaltung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund werden Möglichkeiten geprüft, bestehende Personalüberhänge für die neue Aufgabe heranzuziehen.

15. Welche Planungen gibt es zur Entwicklung der Personalstärke beim Zoll (darunter Kontrolleinheiten Verkehrswege und deren Personalstärke) und bei der Bundespolizei in der Region Zittau-Görlitz-Bad Muskau für die Jahre 2010, 2011 und 2012?

Zollverwaltung

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 6, 8 und 14 verwiesen.
Die Planung für die Jahre 2011 und 2012 sind noch nicht abgeschlossen.

Bundespolizei

Es wird auf die Antwort zu Frage 10 verwiesen. Die personalwirtschaftliche Umsetzung der Neuorganisation dauert an. Weitere Maßnahmen sind nicht geplant.

16. Welche Planungen und Aktivitäten gibt es seitens des Bundes zur Entwicklung eines Konzeptes für eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur von polnischen, tschechischen und deutschen Behörden in der sächsischen Grenzregion, insbesondere in der Oberlausitz?

An den Binnengrenzen sind bereits seit geraumer Zeit bewährte institutionalisierte sowie anlassbezogene Formen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden Deutschlands und seiner Nachbarstaaten, einschließlich des erforderlichen Informationsaustausches, etabliert. Die hierfür erforderlichen Grundlagen dieser Kooperationsformen sind – neben den Regelungen des Neapel-II-Übereinkommens über die Zusammenarbeit der Zollverwaltungen und des Schengener Durchführungsübereinkommens – in den bilateralen Polizeiverträgen Deutschlands mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik geschaffen, die auch für die Zollverwaltungen in Teilen entsprechend angewendet werden.

Ergänzt wird dies im Bereich der nationalen Zusammenarbeit der Behörden der Bundes- und Landespolizei sowie der Bundeszollverwaltung bezogen auf die sächsische Grenzregion mit den Sicherheitskooperationsabkommen des Bundes mit dem Freistaat Sachsen. Ständige deutsche Zollverbindungsbeamte in Polen und Tschechien koordinieren seit dem EU-Beitritt von Polen und Tschechien die Abstimmung von grenzüberschreitenden Zollaktionen und fördern Kontakte zwischen den Zollverwaltungen.

Regelmäßige Treffen der Leiter der Zollverwaltungen dienen der Verbesserung der Kooperation und behandeln auch die Intensivierung der Kontakte der regionalen und örtlichen Zollbehörden im gemeinsamen Grenzgebiet. Dies hat u. a. kürzlich zur Einführung gemeinsamer Kontrollen deutscher und polnischer Zollbediensteter in einzelnen Grenzabschnitten geführt.

Es gibt aktuell Bestrebungen, eine Vereinbarung zur Durchführung gemeinsamer Streifen zu treffen, an der die polnische Polizei, der polnische Grenzschutz, die Bundespolizei und die Polizeien der Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen mitwirken.

